

**Niederschrift der 35. Sitzung des Beirates Vegesack am Donnerstag,  
dem 21. Januar 2010, im Sitzungssaal des Ortsamtes Vegesack, Weserstraße 75**

**Beginn:** 18.30 Uhr  
**Ende:** 21.10 Uhr

**Vorsitzender:** OAL Herr Dornstedt  
**Schriftführerin:** Frau Kolossa

**Tagesordnung:**

**Öffentlicher Teil (Beginn 19.15 Uhr):**

1. Wünsche und Anträge der Bürger an den Beirat
2. Genehmigung der Niederschrift der 31. Sitzung vom 22.10.2009
3. Planung einer Waldorfschule auf dem ehem. Sportplatz Schönebecker Str.
4. Anträge und Anfragen der Parteien
5. Mitteilungen des Ortsamtsleiters
6. Mitteilungen der Beiratssprecherin
7. Wünsche und Anregungen der Beiratsmitglieder

**Anwesende Teilnehmer:**

Torsten Borchers  
Rainer Buchholz ab 18.35 Uhr  
Cord Degenhard  
Greta Frenzel  
Gundram Keßenich  
Thomas Pörschke  
Joachim Riebau  
Detlef Scharf  
Sulimma, Wolfgang  
Iris Spiegelhalter-Jürgens  
Heike Sprehe  
Oxana Waldheim ab 18.40 Uhr  
Manfred Wemken  
Henning Tegeler  
Gabriele Jäckel

**Nicht teilgenommen:**

Schmidt, Wolfgang

**Weitere Teilnehmer:**

Herr Hafke - Bauamt Bremen-Nord  
Herr Tieste - Vorstand der Waldorfschule  
Frau Petermann - Vorstand der Waldorfschule  
Herr Sieber - Architekt

## **Öffentlicher Teil**

Der Vorsitzende eröffnet die Sitzung zum öffentlichen Teil und teilt mit, dass die Tagesordnung form- und fristgerecht zugegangen ist. Die fortlaufende Nummerierung der Tagesordnung ist zu ergänzen. Der eingeschobene Tagesordnungspunkt 5 beinhaltet auf Wunsch der SPD-Fraktion die Besetzung von Ausschüssen. Die Tagesordnung wird so beschlossen.

### **Tagesordnungspunkt 1**

#### **Wünsche und Anträge der Bürger an den Beirat**

Der Vorsitzende teilt mit, dass 2 schriftliche Bürgeranträge vorliegen.

Der erste Antrag befasst sich mit dem miserablen Zustand der Straßen Alhardstr., Wildstieg, Heidschnuckenweg und Wilde Rodung.

Frau Sprehe stellt den Antrag, den Bürgerantrag in den Verkehrsausschuss am 15.02.10 zu verweisen.

Der zweite Antrag befasst sich mit der Verkehrssicherheit auf der Brücke über den Vegesacker Hafen. Bei Nässe und/oder Dunkelheit ist die Brücke für Fußgänger einfach nicht sicher genug.

Herr Tegeler schlägt vor, beide Bürgeranträge in den Verkehrsausschuss zu verweisen.

Frau Frenzel fügt hinzu, dass die CDU-Fraktion schon einmal einen ähnlichen Antrag gestellt hat. Es ging ebenfalls um die nicht gewährleistete Sicherheit der Brücke, da die Brücke auch von Radfahrern und Kleinkrafträdern befahren wird. Es wurde von Seiten der CDU vorgeschlagen, ein kleines Sperrgitter zu errichten, um damit das Absteigen der Fahrzeuge zu erreichen. Der Antrag wurde abgelehnt mit der Begründung, dass die Brücke noch nicht gewidmet sei.

Der Vorsitzende schlägt vor, auch dieses Thema mit in den Verkehrsausschuss zu nehmen.

Frau Waldheim hält es für zu spät, sich dieser Sache erst im Verkehrsausschuss am 15.02.2010 anzunehmen. Bei den jetzigen Witterungsverhältnissen muss sofort dafür Sorge getragen werden, dass auf der Brücke gestreut wird.

Herr Degenhard schließt sich den Ausführungen von Frau Waldheim an.

Herr Buchholz möchte geklärt haben, ob es rechtlich in Ordnung ist oder ob es den üblichen Geflogenheiten entspricht, dass Beiratsmitglieder aus anderen Beiräten Bürgeranträge stellen dürfen.

Der Vorsitzende teilt mit, dass er prüfen wird, ob außerhalb Vegesacks wohnende Bürger einen Bürgerantrag stellen können. Ferner stellt er fest, dass sofort dafür Sorge zu tragen ist, dass die Verkehrssicherheit auf der Brücke gewährleistet ist.

### **Tagesordnungspunkt 2**

#### **Genehmigung der Niederschrift der 31. Sitzung vom 22.10.2009**

Die Niederschrift der 31. Sitzung vom 22.10.2009 wird in der vorliegenden Form beschlossen.

### **Tagesordnungspunkt 3**

## **Planung einer Waldorfschule auf dem ehemaligen Sportplatz Schönebecker Straße**

Einleitend teilt der Vorsitzende mit, dass im Januar 2006 sich der Beirat zum ersten Mal mit den Plänen befasst hat, für die Waldorfschule ein Domizil in Vegesack zu suchen. Relativ schnell war das ehemalige Schulgebäude in der Friedrich-Humbert-Straße gefunden. Letztendlich ist es zu einer Ansiedlung nicht gekommen und die Waldorfschule ist dann mit Beginn des Schuljahres 2006/2007 auf dem damaligen Gelände der IUB, heute Jacobs-Universität in Grohn angesiedelt. Den Beirat erreichte im Herbst 2009 die Bitte, den Verein bei der Suche nach einem neuen Domizil zu unterstützen. Daraufhin hat der Beirat das Schulgebäude Färberstraße, welches zum Verkauf steht, dem Verein angeboten. Das Angebot wurde vom Verein geprüft und hat es für zu klein befunden. In der Folge hat sich der Verein dann das Gelände des Sportplatzes Schönebecker Str. angesehen und für sich als geeignet befunden und den Beirat um Unterstützung gebeten.

Der Sportplatz wurde von der Nutzung im Jahr 2008 aufgegeben. Seitdem findet dort kein organisierter Sportbetrieb mehr statt. In der Folgezeit wurden mit dem Bauamt Bremen-Nord eine Beiratssitzung und eine Einwohnerversammlung durchgeführt, weil das Bauamt Bremen-Nord den Entwurf des Bebauungsplanes 1290 aufgestellt hat, der auf diesem Gelände eine Wohnbebauung ermöglichen soll. Dieser Bebauungsplan befindet sich auch noch im Verfahren. Immobilien Bremen hat in der Zwischenzeit versucht, dieses Gelände zu veräußern und hat dieses Gelände europaweit ausgeschrieben. Allerdings waren die Verkaufsbemühungen erfolglos. Weiter weist der Vorsitzende auf die Gewos-Studie hin, in der davor gewarnt wird, dass aufgrund der Tatsache, dass die Menschen, die hier leben immer älter werden, sterben und dadurch die Anzahl der Bewohner immer weniger wird. Dies ist ein Gesichtspunkt, der bei der Beratung des Beirates auch Berücksichtigung finden sollte. In diesem Zusammenhang weist der Vorsitzende auf eine Stellungnahme von Immobilien Bremen hin, in der diese deutlich gemacht hat, dass man nicht grundsätzlich gegen den Bau einer Schule auf diesem Gelände ist. Man habe allerdings ein hohes Interesse, die Fläche insgesamt zu veräußern und nicht zu parzellieren.

Herr Tieste teilt mit, dass man gern im Stadtteil Vegesack bleiben möchte. Weiter erklärt er, dass durch die Expansion der Universität für die Waldorfschule kein Platz mehr ist. Der Mietvertrag endet. Auf den Standort Schönebecker Straße wurde man vom Bauamt aufmerksam gemacht. Er teilt mit, dass von der Senatorin für Finanzen die Möglichkeit des Einzuges in das leerstehende Schulgebäude in der Fresenbergstr. angeboten wurde. Das Angebot wurde geprüft und man ist zu dem Ergebnis gekommen, dass dies wieder nur eine Übergangslösung ist. Das Gelände in der Schönebecker Str. ist der geeignete Standort für die Waldorfschule. Herr Tieste weist aber darauf hin, dass man natürlich auch nach anderen Objekten Ausschau gehalten hat. Fakt ist aber, dass die Schule auf jeden Fall dem Stadtteil erhalten bleiben soll.

Herr Hafke ergänzt die Situation aus planungsrechtlicher Sicht seitens des Bauamtes und teilt mit, dass ein Bebauungsverfahren begonnen wurde, aber das Planungsrecht noch in den Kinderschuhen steht. Eine frühzeitige Bürgerbeteiligung fand etwa vor 1 ½ Jahren statt. Geplant ist für das Gelände Wohnungsbau, da es eine integrierte Lage im Wohngebiet hat und fast schon vollständig erschlossen ist. Geprüft wurde auch die Frage des Lärnhintergrundes durch die Gewerbenutzung, welches geringfügige Einschränkungen bei einer Wohnnutzung zur Folge haben kann. Bei den Entwürfen hat sich herauskristallisiert, dass die Erschließung von der Schönebecker Straße gewünscht wird, da das auch etwas mit den anfallenden Anliegerbeiträgen für bereits vorhandene Anlieger zu tun hat. Dieser Plan war die Grundlage für die Ausschreibung. Daraufhin gab es keine Angebote. Immobilien Bremen will das Gelände erneut für den Wohnungsbau ausschreiben. Weiter teilt er mit, dass er dem Vorhaben, die Waldorfschule auf dieser Fläche unterzubringen, aufgeschlossen ist.

Herr Scharf kritisiert, dass von Immobilien Bremen kein Referent an der Sitzung teilnimmt. Weiter möchte er nähere Angaben zum Platzbedarf und der Finanzierung des Vorhabens haben.

Herr Tieste erklärt, dass die geplante Finanzierung in der Öffentlichkeit nicht bis ins Letzte dargestellt werden kann, weil z. B. Förderer namentlich nicht genannt werden wollen. Er teilt mit, dass eine Erbpacht angestrebt wird. Herr Tieste betont noch einmal, dass auf jeden Fall ein langfristiger Aufenthalt an einem Standort geplant ist. Die Waldorfschule Bremen-Nord soll in dem Stadtteil Bremen-Vegesack etabliert werden.

Herr Sieber versucht mit seinem Modell aufzuzeigen, dass der Versuch unternommen wurde, eine komplette Waldorfschule unterzubringen, die ein gewisses Raumprogramm erfordert. Es werden 13 Klassenräume benötigt. Hinzu kommen Werkräume, Fachräume, Differenzierungsräume, 1 Sporthalle und 1 Saal. Insgesamt ist einschließlich der Außenanlagen eine Mindestfläche von ca. 12.000 m<sup>2</sup> erforderlich, davon 6.000 m<sup>2</sup> Gebäudefläche. Die Fläche hier weist etwas über 13.000 m<sup>2</sup> auf, so dass eine Parzellierung der Fläche nicht in Frage kommt. Weiter teilt er zur Frage der Finanzierung mit, dass die Waldorfschule bundesweit mit keinem Cent bezüglich der baulichen Maßnahmen unterstützt wird. Man ist immer bezüglich der Grundstückssituation auf das Entgegenkommen einer Gemeinde angewiesen, wie z. B. Herstellung von Erbpachtsituationen. Die baulichen Maßnahmen werden immer komplett von den Eltern und von Sponsoren mit finanziert. Für die Stadt entstehen keine Kosten.

Herr Degenhard legt Wert auf die Aussage, dass die Waldorfschule keine öffentlichen Gelder in Anspruch nimmt. Sollte dies doch der Fall sein, könnte dem nicht zugestimmt werden, weil die vorhandenen Gelder dringend für die öffentlichen Schulen benötigt werden.

Herr Tieste erwidert daraufhin, dass die Waldorfschule keine öffentlichen Gelder für den Aufbau von Gebäuden beanspruchen will. Es heißt natürlich nicht, dass in der Bauphase oder bei Abschluss der Bauarbeiten nicht doch die Waldorfschule Bremen-Nord von dem Recht Gebrauch macht, einen Antrag auf Gewährung einer Zuwendung aus Beiratsmitteln zu stellen.

Auf den Einwand von Herrn Degenhard erklärt Herr Tieste, dass die schlechte Finanzlage von Bremen bekannt ist. Sollte kein Interessant gefunden werden, der hier Wohnbebauung vornehmen will, könnte die Alternative doch eine Schule sein.

Herr Buchholz kritisiert noch einmal die Vorgeschichte und erklärt, dass das Anliegen durchaus unterstützt werden soll, es aber weit mehr Informationen bedarf, wie z. B. die Fragen nach der Finanzierung. Weiter fehlt ihm die Aussage darüber, welche Alternativen die Waldorfschule noch hat. Er stellt die Frage, ob die in dieser Gegend vorhandenen Immissionen mit in die Überlegung bei der Planung einer Schule auf diesem Gelände eingeflossen sind. Herr Buchholz vermutet, dass das einer der Gründe ist, weshalb es bisher keinen Investor gegeben hat. Sollte ein Erbpachtvertrag zustande kommen, dann würde er erwarten, dass in einem solchen Vertrag festgelegt wird, dass innerhalb einer bestimmten Frist die Fläche bebaut sein muss. Diese Frist sollte den Zeitraum von 2 Jahren nicht übersteigen.

Herr Tieste erklärt, dass der Punkt, in wieweit es zu gesundheitlichen Beeinträchtigungen durch die Immissionen kommen könnte, noch nicht geprüft wurde. Er ist der Ansicht, dass aufgrund der Tatsache, dass der öffentliche Sektor diesen Bereich zur Wohnbebauung ausschreibt, dies im Vorfeld sicherlich bereits geklärt worden ist.

Herr Hafke teilt noch einmal mit, dass die Untersuchung der Lärmbelastigung nur geringe Einschränkungen auf dieser Fläche ergeben hat. Es wurde weiter festgestellt, dass eine ungefährdete Bodennutzung möglich ist. Zum Thema Geruch ist bisher noch nichts an Stellungnahmen eingegangen, was gegen eine Wohnnutzung sprechen würde. Insofern ist das Bebauungsplanverfahren noch nicht abgeschlossen.

Herr Tieste teilt mit, dass die Schule, die sich im Jahre 2006 aufgestellt hat, natürlich einen Finanzplan hat. Es ist so, dass die Eltern für Ihre Kinder ein Schulgeld zahlen. Um überhaupt diese Schule besuchen zu können, ist es Voraussetzung, dass der Hauptwohnsitz im Lande Bremen ist, da das Land Bremen sich mit einer Bezuschussung an den Kosten der Schule beteiligt. Man geht davon aus, dass jedes Jahr 22-24 Kinder neu diese Schule besuchen müssen, damit das Gebilde Freie Waldorfschule Bremen-Nord auf gesunden Füßen steht.

Auf die Frage des Vorsitzenden, welche Gesamtzahl angepeilt wird, erklärt Herr Tieste, dass man nach oben offen ist.

Der Vorsitzende fasst zusammen, dass bei Einzügigkeit mit einer Klassenstärke von ca. 24 es sich um ungefähr 250 Schüler handelt.

Herr Pörschke begrüßt den Verbleib des Standortes der Walddorfschule in Vegesack. Er erklärt, dass es zur Zeit nur die Alternativen gibt, festzuhalten an der Idee des Verkaufs, ohne zu wissen, ob dieser realisiert werden kann oder des geringfügigen, aber stetigen Finanzzuflusses über das Erbbaurecht. Die zweite Variante würde Herr Pörschke begrüßen, wenn der Beirat mehr Informationen bekäme.

Frau Sprehe hinterfragt den zeitlichen Ablauf und möchte wissen, in welchem Zeitraum die Schule gebaut sein muss und wann die Jacobs-Universität verlassen werden muss. Weiter findet Frau Sprehe es für die Entscheidungsfindung wichtig, dass aufgezeigt wird, wie die erwähnte Alternative aussieht.

Herr Tieste erklärt daraufhin, dass nicht Eindruck vermittelt werden sollte, dass man auf halbem Wege zurückfahren wolle. Auf die Frage, ob die Schönebecker Str. „Plan A“ oder Plan B“ sei, ist zu sagen, dass keine Wertigkeit vorgenommen wird. Aufgrund der allgemeinen schlechten Finanzlage gehen die Überlegungen auch dahin, eventuell Förderer von privater Natur zu finden.

Frau Petermann fügt hinzu, dass alle vorliegenden Angebote geprüft wurden und man zu dem Ergebnis gekommen ist, dass alle bisher angebotenen Grundstücksflächen zu klein waren.

Frau Waldheim erklärt, dass auch sie den Verbleib der Waldorfschule in Vegesack sehr begrüßen würde, schließt sich aber der Meinung an, dass es für eine private Schule keine öffentlichen Gelder geben kann.

Herr Tegeler hinterfragt noch einmal, ob es nun aktuell noch einen denkbaren Alternativstandort gibt. Er bedauert ferner, dass heute kein Vertreter der Bildungsbehörde anwesend ist. Auch Herr Tegeler stellt fest, dass noch zu viel offene Fragen im Raum stehen, um zu einer Einschätzung kommen zu können.

Der Vorsitzende teilt erklärend mit, dass er einen Anruf von der Senatorin für Bildung erhalten habe. 2006 war die Behörde anwesend, als es um die erste Ansiedlung ging. Die Rechtsauffassung hat sich seitdem nicht geändert. Die Waldorfschule hat dann, wenn sie ein Grundstück und auch ein Konzept hat, einen Rechtsanspruch darauf, sich hier zu etablieren. Die Senatorin für Bildung ist rechtlich auch verpflichtet, das Vorhaben der Waldorfschule zu unterstützen. Aus diesem Grunde wurde von einer Teilnahme abgesehen.

Auf die Frage von Frau Sprehe, wie das Zeitfenster aussieht, erklärt Herr Tieste, dass für die Waldorfschule bei Verzögerung sicherlich die Möglichkeit besteht, eine Übergangslösung zu finden. Eine Übergangslösung für die Zeit der Bauphase wäre das Angebot von Frau Senatorin Linnert, das leerstehende Schulgebäude in der Fresenbergstraße zu beziehen.

Außerdem wird sicherlich die Möglichkeit bestehen, mit der Jacobs-Universität für diese Zeit ggfs. eine Übergangslösung zu vereinbaren. Er erklärt, dass aber Ziel ist, einen dauerhaften Standort in Vegesack zu finden. Weiter erklärt er auf Befragen von Frau Sprehe wie viele Anmeldungen für die 1. Klasse vorliegen, dass Standort und Anmeldung zusammengehören.

Auf Befragen von Frau Frenzel mit wie vielen Schülern die Waldorfschule 2006 angefangen hat und wie viele Schüler die Schule jetzt besuchen, teilt Frau Petermann mit, dass im Jahre 2006 11 Kinder die Schule besuchten und im Jahre 2010 die Schüleranzahl auf 51 Kinder gestiegen ist.

Herr Degenhard teilt mit, dass er der Meinung ist, dass Immobilien Bremen keinen Investor finden wird. Dies wurde ihm auch von einem Immobilienexperten bestätigt. Weiter erklärt er, dass die Ansiedlung der Waldorfschule sehr begrüßt wird, wenn es keine öffentlichen Gelder kostet.

Herr Tieste erklärt auf Befragen von Frau Jäckel, dass von gespendeten Schulgeldern auch den Kindern der Schulbesuch ermöglicht wird, dessen Eltern nicht in der Lage sind, dieses Schulgeld aufzubringen.

Der Vorsitzende fasst noch einmal zusammen, dass der Beirat die Bemühungen grundsätzlich begrüßt, den Standort in der Schönebecker Straße für eine Schulnutzung zu sichern. Es ist aber zunächst die zweite Ausschreibung von Immobilien Bremen abzuwarten. Der Beirat Vegesack nimmt die Ausführungen zur Kenntnis.

Herr Tieste versichert, dass er dem Beirat sofort Bericht erstatten wird, falls die Waldorfschule einen anderweitigen Standort gefunden habe sollte.

#### **Tagesordnungspunkt 4** **Anträge und Anfragen der Parteien**

Der Vorsitzende teilt mit, dass 2 Dringlichkeitsanträge zum dem Thema „„Geplante Veräußerung weiterer Teile der Ökologiestation“ von der SPD-Fraktion und von der CDU-Fraktion vorliegen. Er schlägt vor, die Beratung und die Beschlussfassung über die Dringlichkeit für beide Anträge zusammenzufassen. Ebenso könnten die Anträge zusammengeführt werden.

Frau Sprehe teilt mit, dass aufgrund der ablehnenden Stellungnahme des Senators für Umwelt, Bau, Verkehr und Europa es dringlich ist, dass der Beirat darauf noch einmal reagiert.

Der Vorsitzende weist darauf hin, dass der Beirat in seiner Sitzung am 10.12.2009 thematisiert hatte und den geplanten Verkauf abgelehnt hat. Das Ortsamt hat diesen Beschluss umgesetzt und den Beschluss weitergeleitet.

#### **Beschluss:**

Die Dringlichkeit der Anträge wird einstimmig beschlossen.

Frau Sprehe erläutert den Dringlichkeitsantrag zur geplanten Veräußerung weiterer Teile der Ökologiestation. Frage ist, wie der Verkauf dieser Grundstücksanteile weitergeht und ob das Beiratsvotum in irgendeiner Weise Einfluss darauf nimmt oder ob der Verkauf eines ökologisch wirklich wertvollen Gebietes an eine Privatperson tatsächlich vollzogen werden soll.

Herr Scharf betont noch einmal, dass der Senator für Umwelt, Bau, Verkehr und

Europa aufzufordern ist, keine weiteren Flächen der Ökologiestation zu verkaufen.

Herr Buchholz schlägt vor, eine Änderung des Textes der SPD-Fraktion auf der zweiten Seite, Absatz 2 wie folgt vorzunehmen:

Der Beirat Vegesack erneuert seinen Beschluss vom 10.12.2009 und lehnt die Veräußerung von Teilen des Geländes der Ökologiestation ab.

Herr Degenhard teilt mit, dass kurz vor Weihnachten der Besitzer dieses Geländes dort 60 Buchen abgeholzt hat. Die CDU-Fraktion hielt sich bisher noch bedeckt, weil die Beschlusslage von damals nicht klar ist. Sollte hier keine Erlaubnis vorliegen, ist sofort etwas zu unternehmen.

Herr Pörschke weist darauf hin, dass es alte Regel ist, den beschlossenen Antrag, aber nicht die Begründung weiterzureichen. Er begrüßt den Antrag der SPD, in dem alles zu einem Text zusammengefasst wird. Er schlägt vor, dem SPD-Antrag in vollem Wortumfang zu folgen.

Der Vorsitzende fasst zusammen:

1. Der Beirat erneuert seinen Beschluss vom 10.12.2009 und lehnt die Veräußerung von Teilen des Geländes der Ökologiestation ab.
2. In diesem Zusammenhang bittet der Beirat Vegesack den Senator für Umwelt, Bau, Verkehr und Europa um Beantwortung folgender Fragen:
  - Weshalb wurden bei der Veräußerung der Immobilie die Vorgaben des Beirates Vegesack nicht berücksichtigt?
  - Wie gedenkt der Senator den Beiratsbeschluss vom 10.12.2009 umzusetzen?
  - Der Senator wird zu einer Stellungnahme über die Baumfällungen, die in der Zeit vor Weihnachten dort stattgefunden haben, aufgefordert.

### Beschluss

Vorangegangenes wird einstimmig beschlossen.

Frau Ruffer vom BUND teilt mit, dass der BUND der Meinung ist, dass hier ein Präzedenzfall geschaffen wird. Wenn ein Stück aus einem Landschaftsschutzgebiet herausgenommen wird oder verkauft wird, könnte das Ergebnis sein, dass weitere Grundstücke auch verkauft werden. Dies darf nicht passieren. Frau Ruffer lädt zu einem Treffen am Dienstag, den 02.02.2010 um 20.00 Uhr ein. Leider ist noch nicht entschieden, wo dieses Treffen stattfinden soll. Eine schriftliche Einladung an den Beirat folgt. Auch die Presse wird über das Treffen informiert.

### Antrag der FDP vom 07.01.2010 - Überprüfung und Erneuerung des Zauns um den Spielplatz Ludwig-Jahn-Straße

Herr Buchholz teilt mit, dass nach dem radikalen Rückschnitt im Herbst letzten Jahres des wuchernden Begleitgrüns diesseits und jenseits des Zaunes von Stadtgrün die Ausmaße des niedergetretenen Zaunes erst recht sichtbar wurden. Dies sollte zum Anlass genommen werden, um den gesamten Zaun zu überprüfen und die maroden Teile, die auch zur Gefahr für Kinder werden können, zu erneuern.

Der Vorsitzende teilt mit, dass der Antragstext bereits in der Presse veröffentlicht wurde. Dies hat dazu geführt, dass das Amt für Soziale Dienste, Frau Pooch-Heinrich mitgeteilt hat, dass der Zaun kurzfristig in Stand gesetzt wird und der Platz teilsaniert wird. Dafür laufen bereits die ersten Beteiligungsverfahren. Die Reparaturkosten für den Zaun wurden amtsintern gesichert, damit nichts für die Spielraumgestaltung verloren geht.

## **Tagesordnungspunkt 5** **Besetzung von Ausschüssen**

Frau Sprehe teilt mit, dass es sich bei der Besetzung um folgende Ausschüsse handelt:

1. Ausschuss für Kinder, Jugend und Bildung
2. Ausschuss für die Entwicklung des Ortsteils Fähr-Lobbendorf.

Da die sachkundige Bürgerin, Frau Burcu Arslan, aus beruflichen Gründen nicht mehr an den Sitzungen teilnehmen kann, schlägt Die SPD-Fraktion für beide Ausschüsse Frau Martina Hayduk vor.

### Beschluss

Der Vorschlag der SPD-Fraktion wird einstimmig beschlossen.

## **Tagesordnungspunkt 6** **Mitteilungen des Ortsamtsleiters**

### Bürgerantrag zum Zustand der Straße Schönebecker Hagen

Das Amt für Straßen und Verkehr teilt mit, dass die Verkehrssicherheit durch teilweise provisorische Reparaturen aufrechterhalten wird. Für den endgültigen Ausbau würden von den Anliegern 90 % der Kosten zu tragen sein. Da viele Anwohner nicht bereit sind, die Kosten zu übernehmen, dauert es oft Jahre bis eine Einigung mit den Anliegern erzielt werden kann. Im Rahmen der Verkehrssicherungspflicht mit knappen Mitteln, bemüht sich das ASV die Aufrechterhaltung der Verkehrssicherheit zu gewährleisten.

### Eintragung in die Denkmalliste

Der Vorsitzende teilt mit, dass folgende Gebäude gem. § 2 DSchG in die Denkmalliste eingetragen wurden:

- Ensemble ehemalige Villa Fritze mit Nebengebäuden
- Weserstrasse 74/75, 75 C und 33-33a.

### Stellungnahme zum Abbruch des Stellenbesetzungsverfahrens Direktor/in der Oberschule an der Lerchenstraße

In der Stellungnahme rechtfertigt die Bildungssenatorin ihre Verfahrensweise.

Der Vorsitzende hält es für erforderlich, hier in Vegesack darauf zu achten, dass nicht 3 Stellen von weiterführenden Schulleitungen unbesetzt sind, weil auch im Laufe dieses Schuljahres oder zum Abschluss dieses Schuljahres die Posten des Leiters der Gerhard-Rohlf's-Schule und des Gymnasiums Vegesack vakant werden.

Herr Buchholz teilt mit, dass die Senatorin für Bildung anlässlich eines Schreibens der Elternvertreter Anfang November 2009 mit einem indirekt vorgetragenen Vorwurf geantwortet hat. Die Eltern hätten doch selber Schuld. Die Elternvertreter hätten die Presse informieren müssen. Das Verfahren werde deswegen nicht verlängert. Es wird in diesem Schreiben kein Wort darüber verloren, dass man dieses Verfahren wenigstens so beschleunigt, dass eine neue Schulleitung bereits zum Halbjahr eingesetzt werden kann.

### Filmmaterial des Landesinstituts für Schule

Der Vorsitzende teilt mit, dass auf die Nachfrage des Beirates, in welchem Bunker das Filmmaterial gelagert wird, teilt das Medienzentrum dem Ortsamt mit, dass ein großer Teil des Filmmaterials sich in dem Bunker in der Lübecker Str. 1 - 3 und ein kleinerer Teil in dem Gebäude des Medienzentrums Große Weidestr. 4 -16 sich befindet.

## **Tagesordnungspunkt 7** **Mitteilungen der Beiratssprecherin**

Frau Sprehe weist darauf hin, dass die monatliche Bürgersprechstunde am 25.01.2010 um 18.00 Uhr im Sitzungssaal des Orsamtes Vegesack wieder stattfindet. Weiter erinnert sie daran, dass am Sonntag eine Gedenkstunde für das Andenken an die Opfer des Nationalsozialismus auf dem Platz der ehemaligen Synagoge in diesem Jahr bereits am 24.01.2010 stattfindet. Begonnen wird um 10.00 Uhr mit einem Gottesdienst und ab 11.00 Uhr findet die Gedenkveranstaltung statt.

Herr Wemken berichtet von dem Bürgerschaftsausschuss, der am 13.01.2010 stattgefunden hat. Er teilt mit, dass der nächste Arbeitsschwerpunkt die Planungskonferenzen sein sollen. Die von der Senatskanzlei erarbeiteten Handlungsvorschläge werden im März vorliegen. Somit fällt die Februarsitzung aus.

**Tagesordnungspunkt 8**  
**Wünsche und Anregungen der Beiratsmitglieder**

Es liegen keine Wortmeldungen vor.

Der Vorsitzende schließt um 21.10 Uhr die Sitzung.

Dornstedt  
Vorsitzender

Kolossa  
Schriftführerin

Sprehe  
Beiratssprecherin